

Stand: 08.02.2026 16:59:10

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/5935

"Prävention und Deradikalisierung im Umgang mit islamistischen Terroristen im Justizvollzug"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/5935 vom 26.03.2015
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/6801 des VF vom 20.05.2015
3. Beschluss des Plenums 17/7099 vom 18.06.2015
4. Plenarprotokoll Nr. 47 vom 18.06.2015



Antrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Katharina Schulze, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Verena Osgyan, Dr. Sepp Dürr, Jürgen Mistol und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Prävention und Deradikalisierung im Umgang mit islamistischen Terroristen im Justizvollzug

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Hinblick auf den Umgang mit Personen, die wegen der Teilnahme oder der Unterstützung an islamistischen Terrorakten oder islamistischen, terroristischen Organisationen im bayerischen Justizvollzug inhaftiert sind:

1. Schulungs- und Fortbildungsangebote für Justizvollzugsbedienstete im Hinblick auf den Umgang mit muslimischen und im Hinblick auf den Umgang mit arabisch sprechenden Inhaftierten auszubauen, um es dadurch den Bediensteten zu erleichtern, Radikalisierungen zu erkennen und Deradikalisierung zu unterstützen. Dies ist vor allem darum wichtig, um einem zu befürchtenden Generalverdacht gegenüber allen muslimischen Inhaftierten entgegenzuwirken.
2. Die Betreuung für die Inhaftierten auszubauen, insbesondere im Hinblick auf die umfassende Möglichkeit, muslimische Seelsorge (auch unabhängig von der türkischen Religionsbehörde, etwa im Hinblick auf arabische Richtungen des Islam) in Anspruch nehmen zu können.
3. Die Situation muslimischer Inhaftierter und die Möglichkeit einer Radikalisierung im Justizvollzug und mögliche Maßnahmen zur Deradikalisierung wissenschaftlich erforschen und evaluieren zu lassen.
4. Beim Übergangsmanagement in derartigen Fällen auch mit islamischen Institutionen zusammenzuarbeiten und weitere Maßnahmen zu implementieren, um eine erneute Radikalisierung nach der Haft möglichst zu verhindern.

Begründung:

Da immer mehr Personen auch im bayerischen Justizvollzug wegen der Teilnahme an islamistischen Terrorakten und wegen der Unterstützung islamistischer

terroristischer Organisationen inhaftiert sind, ist es wichtig, entsprechende Maßnahmen zu ergreifen. Die Aktualität des islamistischen Terrors führt derzeit oft auch dazu, dass muslimische Häftlinge einem Generalverdacht ausgesetzt sind. Es ist daher notwendig den muslimischen Strafgefangenen Unterstützung zu gewährleisten, auch im Hinblick auf die Gefahr der Radikalisierung im Strafvollzug.

Justizvollzugsbedienstete besitzen eine hohe Verantwortung für die Inhaftierten und somit auch für die muslimischen Insassen, da sie täglich mit ihnen im Kontakt stehen. Deswegen ist es äußerst wichtig diese Bediensteten permanent aus- und fortzubilden, damit sie sich im Umgang mit Muslimen angemessen verhalten und wenn nötig auch etwaige Gefahren einer Radikalisierung erkennen können. In Bayern werden solche Schulungen beispielsweise schon vom Verfassungsschutz durchgeführt, trotzdem besteht hier ein Verbesserungspotenzial. Einen Schwerpunkt sollte hierbei die interkulturelle Kompetenz der Justizbediensteten darstellen, um mögliche kulturell bedingte Missverständnisse von vornherein ausschließen zu können. Weiterhin sollten auch Schulungen für die Inhaftierten hinsichtlich der Grundprinzipien der Demokratie und der Gesellschaftsordnung durchgeführt werden.

Wichtig ist außerdem, dass die Seelsorge für muslimische Inhaftierte dringend verbessert wird. Derzeit ist es schwierig, für die Zusammenarbeit mit dem Justizvollzug, Imame zu finden, die nicht nur türkisch, sondern auch deutsch oder andere Sprachen muslimisch geprägter Länder, insbesondere arabisch sprechen. Diese Sprachbarrieren müssen überwunden werden, indem mit muslimischen Verbänden kooperiert wird, damit diese sich um die Unterstützung der Aufgaben des Strafvollzugs bemühen. Denkbar wäre hier etwa eine Kooperationsvereinbarung mit muslimischen Verbänden, die eine muslimische Seelsorge und Deutschkenntnisse der Imame gewährleistet. Eine Zusammenarbeit mit islamischen Institutionen wäre auch in Bayern wünschenswert, da damit weitere Bedingungen bezüglich der muslimischen Seelsorge wie Entschädigung etc. einheitlich festgelegt werden können.

In Nordrhein-Westfalen wird ein Forschungsprojekt unter Zusammenarbeit von Islamwissenschaftlerinnen und Islamwissenschaftlern eingeführt, dass die Situation muslimischer Gefangener evaluiert und dabei Radikalisierungsgefahren und deren Bekämpfung fokussiert. Ein solches Projekt sollte auch in Bayern durchgeführt werden, um zum einen die aktuelle Situation

von muslimischen Inhaftierten zu bewerten, zum anderem um in Folge der Intensivierung von islamistischen Terror vorbeugende Maßnahmen zu entwickeln. Die Prävention kann hierbei einen entscheidenden Aspekt in der Vermeidung von Rekrutierung und Radikalisierung im Justizvollzug spielen.

Muslimen, die aus der Haft entlassen werden, fällt die Wiedereingliederung in die Gesellschaft oftmals schwer. Aus diesem Grund soll beim Übergangsmanagement zur Unterstützung der Resozialisierung

entlassener Häftlinge in entsprechenden Situationen intensiv mit islamischen Institutionen, insbesondere Imamen, zusammengearbeitet werden. Ein solches Übergangsmanagement ist dabei auch präventiv zu bewerten, da salafistische oder islamistische Rekrutierungsversuche dadurch erschwert werden können. Eine derartige Unterstützung der muslimischen Häftlinge nach ihrer Entlassung kann sie von einer Rekrutierung und Radikalisierung abhalten.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

**Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann,
Katharina Schulze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Drs. 17/5935**

**Prävention und Deradikalisierung im Umgang mit islamistischen
Terroristen im Justizvollzug**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung in folgender Fassung:

„Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Hinblick auf den Umgang mit Personen, die wegen der Teilnahme oder der Unterstützung an islamistischen Terrorakten oder islamistischen, terroristischen Organisationen im bayerischen Justizvollzug inhaftiert sind, Schulungs- und Fortbildungsangebote für Justizvollzugsbedienstete im Hinblick auf den Umgang mit muslimischen und im Hinblick auf den Umgang mit arabisch sprechenden Inhaftierten auszubauen, um es dadurch den Bediensteten zu erleichtern, Radikalisierungen zu erkennen und Deradikalisierung zu unterstützen. Dies ist vor allem darum wichtig, um einem zu befürchtenden Generalverdacht gegenüber allen muslimischen Inhaftierten entgegenzuwirken.“

Berichterstatterin: **Katharina Schulze**
Mitberichterstatter: **Karl Straub**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 33. Sitzung am 23. April 2015 beraten und einstimmig in der in I. enthaltenen Fassung Zustimmung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Antrag in seiner 68. Sitzung am 20. Mai 2015 mitberaten und einstimmig der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zugestimmt mit der Maßgabe, dass nach den Worten „Die Staatsregierung wird aufgefordert,“ die Worte „im Rahmen vorhandener Stellen und Mittel“ eingefügt wird.

Franz Schindler
Vorsitzender



Beschluss des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Katharina Schulze, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Verena Osgyan, Dr. Sepp Dürr, Jürgen Mistol und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Drs. 17/5935, 17/6801

Prävention und Deradikalisierung im Umgang mit islamistischen Terroristen im Justizvollzug

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Rahmen vorhandener Stellen und Mittel im Hinblick auf den Umgang mit Personen, die wegen der Teilnahme oder der Unterstützung an islamistischen Terrorakten oder islamistischen, terroristischen Organisationen im bayerischen Justizvollzug inhaftiert sind, Schulungs- und Fortbildungsangebote für Justizvollzugsbedienstete im Hinblick auf den Umgang mit muslimischen und im Hinblick auf den Umgang mit arabisch sprechenden Inhaftierten auszubauen, um es dadurch den Bediensteten zu erleichtern, Radikalisierungen zu erkennen und Deradikalisierung zu unterstützen. Dies ist vor allem darum wichtig, um einem zu befürchtenden Generalverdacht gegenüber allen muslimischen Inhaftierten entgegenzuwirken.

Die Präsidentin
I.V.

Reinhold Bocklet
I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Barbara Stamm

Präsidentin Barbara Stamm: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 5** auf:

Abstimmung

über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. dem jeweiligen Abstimmungsverhalten seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Gegenstimmen bitte ich anzuseigen. – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden gem. § 59 Absatz 7 (Tagesordnungspunkt 5)**Es bedeuten:**

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

1. Antrag der Abgeordneten Angelika Weikert, Doris Rauscher, Arif Tasdelen u.a. SPD
Ehrenamtliches Engagement in der Arbeit mit Asylbewerbern und Flüchtlingen stärken!
Drs. 17/4514, 17/6660 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

2. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Information der Eltern über Schulwege verbessern – Bayerische Wirtschaftsschule darf nicht vergessen werden
Drs. 17/5099, 17/6788 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

3. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Qualitativ hochwertige bayernweite Fahrgastinformation
Drs. 17/5192, 17/6802 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

4. Antrag der Abgeordneten Dr. Christoph Rabenstein, Inge Aures, Susann Biedefeld u.a. SPD
Barrierefreier Ausbau des Pegnitzer Bahnhofs
Drs. 17/5556, 17/6806 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

5. Antrag der Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann, Kathi Petersen, Dr. Linus Förster u.a. SPD
Humanitäre Hilfe im Mittelmeer
Drs. 17/5621, 17/6844 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Langsamfahrstellen beseitigen
Drs. 17/5638, 17/6807 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

7. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Benno Zierer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Auffangstation für Reptilien bei der Suche nach neuen Räumlichkeiten unterstützen
Drs. 17/5714, 17/6846 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

8. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Vielfalt und Staatsferne im ZDF-Fernsehrat
Drs. 17/5753, 17/6658 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

9. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,
Johann Häusler u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Biberproblematik endlich in den Griff bekommen –
Allgemeinverfügungen erlassen
Drs. 17/5933, 17/6847 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

10. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann,
Thomas Mütze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Fluglärm am Bayerischen Untermain
Drs. 17/5938, 17/6808 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

11. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,
Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Weiterentwicklung der Beruflichen Oberschule:
Gemeinsame Beschulung von FOS-BOS-Schülern in Jahrgangsstufe 13 prüfen
Drs. 17/5952, 17/6789 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

12. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Modellversuch „Wirtschaftsschule ab der 6. Jahrgangsstufe“
öffnen und ausweiten
Drs. 17/5955, 17/6790 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

13. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Ökonomisierung und Kommerzialisierung des Bildungsbereichs
durch künftige internationale Abkommen wie CETA, TTIP und TiSA verhindern
Drs. 17/5958, 17/6787 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

14. Antrag der Abgeordneten Harry Scheuenstuhl, Klaus Adelt, Florian von Brunn u.a. SPD
Berichtsantrag über die künftige Sicherstellung und Schaffung von
Entsorgungskapazitäten für Erdaushub und Bauschutt in Bayern
Drs. 17/5971, 17/6848 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

15. Antrag der Abgeordneten Bernhard Roos, Annette Karl,
Natascha Kohnen u.a. SPD
Pünktlichkeitsskriterien im SPNV vereinheitlichen –
mit nachvollziehbaren Regeln Kundenvertrauen stärken
Drs. 17/6019, 17/6809 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/> ENTH

16. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Kathrin Sonnenholzner,
Ruth Müller u.a. SPD
Pflege besser machen IV –
Unterstützungsangebote für pflegende Angehörige stärken!
Drs. 17/6028, 17/6814 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

17. Antrag der Abgeordneten Petra Guttenberger, Dr. Florian Herrmann,
Josef Zellmeier u.a. CSU
Islamistische Radikalisierung von Strafgefangenen verhindern!
Drs. 17/6144, 17/6799 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

18. Antrag der Abgeordneten Klaus Steiner, Angelika Schorer,
Dr. Otto Hünerkopp u.a. CSU
Entnahme der Biber einheitlich regeln
Drs. 17/6148, 17/6850 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

19. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Horst Arnold,
Franz Schindler u.a. und Fraktion (SPD)
Sicherheitskonzept der Justiz im Zusammenhang mit dem G7-Gipfel
Drs. 17/6217, 17/6800 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

20. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann,
Katharina Schulze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Prävention und Deradikalisierung im Umgang
mit islamistischen Terroristen im Justizvollzug
Drs. 17/5935, 17/6801 (E)

Gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGeschO
Votum des mitberatenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>